

MOBILFUNK: Telekom-Firmen verloren im Ständerat gegen Bürgeropposition

# Ständerat gegen stärkere Antennen

Der Ständerat hat eine Motion für höhere Strahlungsgrenzwerte bei Mobilfunkantennen abgelehnt. Der Entscheid fiel sehr knapp mit 20 zu 19 Stimmen. Zahlreiche Briefe hatten die Ständeräte vorsichtig gestimmt.

DANIEL SALZMANN

«Wahrscheinlich haben auch Sie zahlreiche Schreiben, E-Mails usw. von Bürgerinnen und Bürgern erhalten, die ihre negativen Erfahrungen und ihre gesundheitlichen Probleme wegen Mobilfunkantennen eindrücklich geschildert und vor einem Ja zu dieser Motion gewarnt haben», sagte Ständerätin Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG) am Donnerstag während der Debatte. Sie war es zusammen mit Géraldine Savary (SP, VD) gewesen, die in der Kommission einen Antrag auf Nein zur Motion für höhere Strahlungsgrenzwerte für Mobilfunkanlagen gestellt hatte. Ohne die beiden Ständerätinnen wäre gar nicht mehr abgestimmt worden, sondern der Ständerat hätte sich dem Nationalrat angeschlossen, und der Bundesrat wäre verpflichtet gewesen, umgehend die Grenzwerte pro Antenne zu erhöhen.

## «Wir wurden bestürmt»

Ständerat Claude Janiak (SP, BL), der der Motion am Ende zustimmte, beklagte sich: «Wir sind in den letzten Tagen in einer Art und Weise bestürmt worden, die ich als grenzwertig empfunden habe.» Jeder wolle die Wahrheit für sich gepachtet haben. Einen anderen Standpunkt nahm Thomas Minder (parteilos, SH) ein,



Eine Motion für höhere Grenzwerte bei Mobilfunkanlagen wurde im Ständerat abgelehnt. (Bild: E-Plus-Gruppe)

der die Motion ablehnte. «Wir können nun sagen, diese bedeutende Bürgeropposition, die sich hier aufbaut, das seien alles Spinner, und alles sei Mumpitz. Oder wir können die Sorgen und Ängste unserer Bürgerinnen und Bürger ernst nehmen.» Minder sagte auch: «Es gibt anscheinend einen Bauern, der bereits den Tod von 23 Tieren zu beklagen hat, weil sein Hof in der Nähe einer Mobilfunkantenne liegt.» Niemand kenne die Langzeitfolgen der Strahlenwerte auf die Gesundheit, betonte Minder.

## «Jeder will Internet»

Konrad Graber (CVP, LU) wiederum hielt entgegen: «Für mich ist massgebend, dass die Weltgesundheitsorganisation sagt, dass wir selbst mit der Erhöhung immer noch zehnmal unter den empfohlenen Werten liegen.» Es gehe darum, eine flächendeckende Versorgung sicherzustellen und insbesondere auch die peripheren Gebiete versorgen zu können. Die erste Alternative zur

Motion sei: «Wir schränken die Mobiltelefonie ein, frieren sie ein, verhindern jede Weiterentwicklung.» Die zweite Alternative sei, so Graber: «Wir lassen die Telekom-Anbieter weiter zusätzliche Antennen bauen – das will auch niemand.» Hans Wicki (FDP, NW) betonte, wie wichtig eine gute Mobilfunkversorgung für Industrie, Gewerbe und Tourismus sei (vom Titlis wollten Touristen ein Selfie sofort posten). Bundesrätin Doris Leuthard (CVP) warb ebenfalls für ein Ja: «Es ist ein Fakt, dass sich die Datenübertragung jedes Jahr verdoppelt. (...) Alle wollen unbeschränkten Zugang zum Internet, alle wollen bis in die SAC-Hütte hinauf Internet.» Sie verwies auf ein Monitoring zur nicht ionisierenden Strahlung, das aufgebaut werden soll. Am Ende konnten sich die Briefe schreibenden Bürger über ein ganz knappes Nein zur Motion freuen – auch weil Ruedi Noser (FDP, ZH), einer der Miturheber der Motion, nicht anwesend war.

## SO STIMMTEN DIE STÄNDERÄTE

Nein zur Motion für höhere Anlagegrenzwerte für Mobilfunkanlagen stimmten die folgenden 20 Ständeräte: Anita Fetz (SP, BS), Daniel Jostisch (SP, ZH), Roberto Zanetti (SP, SO), Didier Berberat (SP, NE), Liliane Maury Pasquier (SP, GE), Claude Héche (SP, JU), Géraldine Savary (SP, VD), Paul Rechsteiner (SP, SG), Anne Seydoux (CVP, JU), Beat Rieder (CVP, VS), Peter Heggin (CVP, ZG), Brigitte Häberli-Koller (CVP, TG), Isidor Baumann (CVP, UR), Jean-René Fournier (CVP, VS), Raphaël Comte (FDP, NE), Olivier François (FDP, VD), Thomas Hefli (FDP, GL), Joachim Eder (FDP, ZG), Robert Cramer (Grüne, GE) und Thomas Minder (parteilos, SH). Ja zur Motion für höhere Anlagegrenzwerte stimmten die folgenden 19 Ständeräte: Andrea Caroni (FDP, AR), Josef Dittli (FDP, UR), Damian Müller (FDP, LU), Hans Wicki (FDP, NW),

Philipp Müller (FDP, AG), Fabio Abate (FDP, TI), Karin Keller-Sutter (FDP, SG), Beat Vonlanthen (CVP, FR), Konrad Graber (CVP, LU), Erich Etilin (CVP, OW), Filippo Lombardi (CVP, TI), Stefan Engler (CVP, GR), Pirmin Bischof (CVP, SO), Christian Levrat (SP, FR), Claude Janiak (SP, BL), Pascale Bruderer (SP, AG), Alex Kuprecht (SVP, SZ), Werner Hösli (SVP, GL) und Peter Föhn (SVP, SZ). Enthaltene haben sich die folgenden drei Ständeräte: Hans Stöckli (SP, BE), Werner Luginbühl (BDP, BE) und Martin Schmid (FDP, GR). Nicht anwesend bei der Abstimmung waren die folgenden drei Ständeräte: Roland Eberle (SVP, TG), Hannes Germann (SVP, SH) und Ruedi Noser (FDP, ZH). Als Präsident nicht stimmen durfte: Ivo Bischofberger (CVP, AI). sal

NACHRICHTEN

## Sachplan Militär: Kulturland schonen

Der Schweizer Bauernverband (SBV) verabschiedete laut eigener Mitteilung eine Stellungnahme zur Gesamtrevision des Sachplans Militär. Der SBV unterstützt den Bundesrat voll und ganz in seinem Bestreben, den Sachplan Militär den heutigen Anforderungen an die Landesverteidigung anzupassen. Er begrüsst es, dass die Revision des Sachplans Militär auf die Thematik der Fruchtfolgeflächen eingeht und das Bestreben ausdrückt, diese zu schonen. Neben der besonderen Rücksicht auf die Fruchtfolgeflächen gilt es auch das übrige produktive Kulturland vor Überbauung zu bewahren. Militärareale, die nicht mehr benötigt werden, sollten der Landwirtschaft zurückgegeben oder als landwirtschaftliche Spezialzonen genutzt werden. Darüber hinaus gilt es zu verhindern, dass durch neue Anlagen der Armee Kulturland für ökologische Kompensationsmassnahmen und Rodungserntesatz verbraucht und der produktiven Nutzung entzogen werden. mgt/sal

## SMP stärken dem SBV den Rücken

Der Vorstand der Schweizer Milchproduzenten (SMP) hat an der Vorstandssitzung vom 7. Dezember in Bern beschlossen, sowohl die Initiative für Ernährungssicherheit wie auch den direkten Gegenvorschlag im Sinne des Vorstandes des Schweizer Bauernverbandes (SBV) einstimmig zu unterstützen. Die SMP bekräftigen in ihrer Stellungnahme ihr Engagement für die Nachfolgelösung des Schoggigesetzes, welche vorsieht, eine Milchzulage von 4 Rappen je Kilogramm Verkehrsmilch gesetzlich zu verankern und den Prozess des Veredelungsverkehrs weiterhin transparent zu gestalten. Die Umlagerung der finanziellen Mittel in Form einer neuen Milchzulage direkt zu den Milchproduzenten wird einstimmig unterstützt. Wie die SMP weiter schreiben, dürfe es beim Veredelungsverkehr unter keinen Umständen zu einem weiteren Abbau des Grenzschutzes kommen. Grundsätzlich sei ein geschlossener Auftritt, um die Ziele der Schweizer Land- und Milchwirtschaft zu erreichen, wichtig. rab

## VKMB begrüßen Gentech-Verbot

Die Kleinbauern-Vereinigung (VKMB) begrüsst den Entscheid des Nationalrats für eine vierjährige Verlängerung des Gentech-Moratoriums. Für die VKMB sei das 2005 eingeführte Gentech-Moratorium ein Erfolgsmodell, heisst es in einer Mitteilung. Es entspreche den Bedürfnissen der Bauern ebenso wie denjenigen der Konsumenten der Schweiz. Weiter schreiben die Kleinbauern, dass sie sich ein noch stärkeres Signal in Form eines unbefristeten Moratoriums gewünscht hätten. Ferner begrüsst die Kleinbauern-Vereinigung den Entscheid des Nationalrats, auf ein Koexistenz-Gesetz auf Vorrat zu verzichten. Damit habe sich der Nationalrat erfreulicherweise gegen den Vorschlag des Bundesrats gestellt, der den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen auf bestimmten Gebieten nach dem Ablauf des verlängerten Moratoriums zugelassen hätte. rab

ERNÄHRUNGSSICHERHEIT: Sitzung des SBV-Vorstandes

# SBV will Basis einbeziehen

Der Schweizer Bauernverband (SBV) plant zur Initiative für Ernährungssicherheit und den Gegenvorschlag Info-Anlässe.

DANIEL SALZMANN

Der SBV-Vorstand bekräftigte am Donnerstag die Position, die er bereits Anfang November öffentlich gemacht hatte: Er unterstützt den Gegenvorschlag zur Initiative für Ernährungssicherheit, den die Wirtschaftskommission des Ständerats ausgearbeitet hat und der mittlerweile im Ständerat eine überwältigende Mehrheit gefunden hat. Gleichzeitig hält er bis auf Weiteres an der Initiative fest.

## Keine Änderungen mehr

Dies beschloss der SBV-Vorstand an einer gemeinsamen Sitzung mit dem Initiativkomitee, in dem auch der Verein für eine produzierende Landwirtschaft (VPL) vertreten ist, der Anfang Woche öffentlich Kritik am Gegenvorschlag geäußert hatte. Dem Vernehmen nach unterstützte der VPL teilweise auch einen Antrag, wonach der Gegenvorschlag verbessert werden solle im Sinne der einheimischen Lebensmittelproduktion und der Investitions- und Rechtssicherheit, was aber mit grossem Mehr abgelehnt worden sei. Zu gross war offensichtlich die Befürchtung, dass mit Anpassungen am Gegenvorschlag ein langwieriges Diffe-



Die Initiative wurde am 8. Juli 2014 eingereicht. (Bild: rab)

renzvereinbarungsverfahren mit dem Ständerat drohe und dass am Ende bereits in der Wirtschaftskommission und erst recht im Nationalrat keine Mehrheiten für den Gegenvorschlag mehr gefunden werden könnten.

## 4 regionale Info-Anlässe

Auf Anfrage teilt SBV-Präsident Markus Ritter mit, dass Anfang Januar vier regionale Info-Anlässe durchgeführt würden, zu denen alle Delegierten des SBV eingeladen würden. «Wir wollen das Gespräch mit der Basis suchen, den Gegenvorschlag vorstellen und über die politische Ausgangslage informieren», so Ritter. Am 13. Januar ist dann eine Sitzung der 100-köpfigen Landwirtschaftskammer angesetzt, an der das weitere Vorgehen für die Sitzung der Wirtschaftskommission des Natio-

nalrats (WAK-N) vom 23./24. Januar beschlossen werden soll.

## Geht um Deutungshoheit

Wichtig scheint dem SBV offensichtlich, dass ein Gegenvorschlag zur Initiative nicht gegen seinen Willen beschlossen wird. Denn nur so kann er einen Teil der Deutungshoheit über den Gegenvorschlag beanspruchen. Mit anderen Worten: Wenn nur der Bundesrat und andere politische Kreise den Gegenvorschlag durchbringen, werden sie am Ende sagen, was er politisch konkret für die Agrarpolitik bedeutet. Und natürlich steht immer die Frage im Raum, wie gross das Risiko eines Volks-Neins zur Initiative wäre und inwiefern ein Nein die Bestrebungen, die Ernährungssicherheit in der Verfassung zu verankern, für lange Zeit zunichte machen würde.

BUDGET 2017

# Nationalrat hält an Erhöhung von «Schoggigeldern» fest

Bei den Direktzahlungen ist sich das Parlament einig. Zur Diskussion stehen noch Ausfuhrbeiträge und Absatzförderungen.

RAPHAEL BÜHLMANN

Die Kritik kam erneut von ganz links und ganz rechts. Wie schon in der Erstdebatte waren es im Nationalrat Vertreter von SVP und SP, die mit dem Budget 2017 nicht zufrieden waren. Wenn auch aus völlig unterschiedlichen Gründen. Für die Ratsrechte wurde zu wenig, für die Linken zu viel gespart. «Wir sind besorgt, in Zeiten ohne Rezession ein Budget mit einem Defizit von 254 Millionen Franken zu verabschieden», sagte etwa der Zuger SVP-Finanzpolitiker Thomas Aeschi. Anders die SP, für die vor allem die Kürzungen beim Bundespersonal und im Asylwesen nicht akzeptabel sind.

## 65 Enthaltungen

Und so waren es schliesslich nicht weniger als 65 Volksvertreter der grossen Kammer, die sich demonstrierend der Abstimmung enthielten. Das Budget wurde aber dennoch mit 81 zu 52 Stimmen klar angenommen. Der Voranschlag geht nun wieder zurück an den Ständerat, der das Geschäft am kommenden Montag zum zweiten Mal beraten wird. Für die Landwirtschaft relevante Differenzen

bleiben noch beim Schoggigesetz und bei der Qualitäts- und Absatzförderung zu bereinigen.

## «Schädigen Ansehen»

Für diese beiden Posten will die grosse Kammer gegenüber dem Ständerat nämlich 26,7 Millionen bzw. 2,5 Millionen Franken mehr budgetieren. Bei den Direktzahlungen war man sich bereits am Dienstag einig (der «Schweizer Bauer» berichtete).

In der Debatte um die beiden Ausgabenbereiche war es Nationalrat Philipp Hadorn (SP, SO), der aus grundsätzlichen Überzeugungen gegen diese Aufstockungen einstand und versuchte, die Bauern gegeneinander auszuspielen. «Sind sich eigentlich die anständigen und krampfenden Bauern in unserem Land bewusst, wie ihre angeblichen Vertreter in diesem Saal das verdiente Ansehen der Bauern in Verruf bringen und dazu den nach wie vor vorhandenen öffentlichen Goodwill gegenüber diesem Stand verschmerzen», erklärte Hadorn fast schon resignierend. Daraufhin sah sich Nationalrat Albert Rösti (SVP, BE) gezwungen, ans Rednerpult im Nationalrat zu treten und einmal mehr darauf hinzuweisen, dass in dem vorgesehenen Sparpaket und Budget die Landwirtschaft der einzige Bereich sei, der absolut gesehen weniger Geld bekäme.